

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Carl Neubauer, Dresden.  
Verlagsnummer 25 241.  
Für den Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr bei längerer Unterzucht in Dresden oder durch die Post monatlich M. 1050,—  
Einzelnnummer M. 50,—, Sonntagsausgabe M. 70,—.  
Die halbjährige Nummer kostet M. 250,—, außerhalb Sachsens M. 270,—, Familien-  
anzugehen und Briefgebühren unter Wegfall jeden weiteren Rebates M. 4,—.  
Vorzugsplätze laut Tarif. Unzumutbare Rückfragen gegen Übernahme.

Schriftleitung und Druckerei: Carl Neubauer, Dresden.  
Druck u. Verlag von Neubauer & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Verlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Der Riesenapparat für die Ruhrbesetzung.

### Tanks, Panzerautos, Automobil- mitraillleusen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Paris, 8. Jan. Die Besetzung wird mit einem Riesen-  
aufwand erfolgen: Tanks, Automobilmitraillleusen, Panzer-  
autos und Flugzeuge werden zur Verwendung kommen,  
ferner ein paar Schwadronen Kavallerie, daneben wenig  
Artillerie. Neun Divisionen sollen nach einer Brüsseler Mei-  
nung des „Journal“ aufbewahrt werden, sieben soll Frank-  
reich und zwei Belgien stellen, das auch einen Fahrzeug lei-  
stungsbereich anrufen wird.

Die Anwesenheit der englischen Truppen im Gebiete  
von Köln ist den Franzosen unbenommen; da England an der  
Durchführung der beschlossenen Maßnahme nicht teilnimmt,  
müssen französische Soldaten und Polizeibeamte am Rhein und  
an den Bahnhöfen den englischen Soldaten und Beamten  
gegenübergestellt werden, und man sucht Maßnahmen zu  
treffen, um Zwischenfälle zu vermeiden.

Ein anderes Problem ist das der Beschaffung der  
deutschen Arbeiter. Die Frankensprache scheint  
man aufzugeben zu haben, weil die Kosten hierfür zu groß  
sind. Wahrscheinlich wird eine lokale Währungsreform  
werden, die bloß in gewissen Grenzen Kraft haben soll.  
Die der „New York Herald“ mitteilt, sollen die deutschen  
Arbeiter dadurch gewonnen werden, daß man ihnen  
Nahrungsmittel zu billigen Preisen zur Verfügung stellen will,  
aber auf Kosten der Verwaltungsverhältnisse. In Frankreich  
erwartet man, daß, wenn einmal die produktiven Pfländer  
erhalten worden sind, England an deren Erzeugnis auch seinen  
Anteil nicht nehmen wollen. Weiterhin errechnet man in  
Paris nach der „Daily Mail“ ein Ergebnis von etwa einer  
Milliarde Goldmark. Der ganze Plan soll der „Daily Mail“  
aufolge in sechs Tagen durchgeführt werden.

## Der Einmarsch der ersten Besatzungstruppen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 8. Jan. In Düsseldorf sind heute die  
ersten „Sanktions“-Truppen einmarschiert. In den Straßen  
herrscht ein lebhaftes militärisches Treiben.  
Bisher sind 1400 Mann in Düsseldorf einquartiert worden.  
Alle in der Stadt befindlichen Garagen wurden von den Fran-  
zosen für militärische Zwecke requiriert. Die Franzosen be-  
haupten, für 2 bis 300 Autos Unterkunft zu be-  
nötigen. Für über 800 Offiziere wurden Quartiere gefordert.  
Auch in Duisburg macht sich die bevorstehende Ruhrbesetzung  
bemerkbar. Auf Grund eines Befehls der dortigen Be-  
satzungsbehörde müssen auf dem Bahnhof in Duisburg große  
Verladeanlagen hergerichtet werden. Die französischen  
Truppen stammen, soweit sich bisher feststellen ließ, nicht aus  
der landwehrlinischen Besatzungsarmee. Sie kommen direkt aus  
Frankreich und sind in Weg verladen worden, wo die für die  
Besetzung von Essen bestimmten Truppen konzentriert wer-

den. Die belagerten Truppen, die an der Besetzung teilnehmen  
sollen, werden in Eilfertigkeit zusammengezogen, und ein Teil von  
ihnen soll bereits ebenfalls im Anmarsch begriffen sein. Die  
Besatzung wird sich vollkommen ruhig und ab-  
wartend und zeigt keine Nervosität. An den Berliner amt-  
lichen Stellen war in den Abendstunden noch keine Mitteilung  
über die Besetzung Düsseldorf eingelaufen.

## Vorbereitende Truppenübungen bei Herdingen.

Essen, 8. Jan. In der Gegend von Herdingen sind  
größere Truppenübungen statt zur Vorbereitung  
des französischen Einmarsches in das Ruhrgebiet,  
der für Mitte dieser Woche erwartet wird. Die französischen  
Militärbehörden haben im Verkehr zwischen dem rechten und  
dem linken Rheinufer eine scharfe Post-, Telegraphen- und  
Telephonzensur eingerichtet.

## Abreise eines französischen Ingenieurtrupps.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Paris, 8. Jan. Der erste Schritt zur Durchführung des  
französischen Planes ist im Ruhrgebiet erfolgt. Wie die fran-  
zösische Telegraphenagentur Radio mitteilt, ist gestern eine Ab-  
teilung französischer Truppen und Marineingenieure nach dem  
Ruhrgebiet abgereist. Diese unvorhergesehene Maß-  
nahme, mit der Poincaré zur Ausführung seines Planes schreitet, wird  
vielleicht durch einen kleinen Satz erklärt, den der „Petit  
Parisien“ bei der Vespersprechung dieser Frage anführt und in  
dem darauf hingewiesen wird, daß Poincaré am Donnerstag  
der Kammer Bericht erstatten wird und bis dahin bereit ist,  
den Abgeordneten mitzuteilen, welche Maßnahmen bereits  
durchgeführt sind. Auch das der „Petit Parisien“ in orienta-  
tiver Weise mitteilt, daß das 140. Infanterieregiment und das  
62. Artillerieregiment, die beide in Epinal in Garnison liegen,  
sich in Marsch setzen und sich Mittwoch am Rhein befinden  
werden, ist als Zeichen für die angestrebte Eile des französischen  
Ministerpräsidenten anzusehen.

Der diplomatische Mitarbeiter des Cablogramme schreibt:  
Die große Frage sei die, ob man ohne die deutsche  
Zustimmung die Ausübung des Ruhrgebietes organisieren  
könne. Die französischen Techniker seien nicht imstande, ohne  
eine Begründung von wenigstens einem Monat auch nur einen  
der Schritte anzudeuten. Trotzdem scheint man französischer-  
seits wohl hauptsächlich im Hinblick auf die kommende Kammer-  
debatte den Verlauf der Dinge beschleunigen zu wollen.

## Die Einmarschvorbereitungen abgeschlossen.

Paris, 8. Jan. Der französische Generalstab gibt be-  
kannt, daß bereits die Vorbereitungen zum Ein-  
marsch in das Ruhrgebiet abgeschlossen sind.  
Wie verlautet, sollen die Franzosen sogar die Abfahrt haben,  
auch Frankfurt a. M. zu besetzen, um dadurch Nord-  
deutschland im wichtigsten Verkehrspunkt von Süddeutschland  
zu trennen. Die militärische Teilnahme Belgiens an der  
französischen Aktion ist nunmehr beschlossen.

## Deutsche Sachverständige vor der Reparationskommission.

### Die Verhandlungen über die Kohlenlieferungen.

Zurückweisung der unberechtigten französischen Forderungen.  
Paris, 8. Jan. Heute nachmittags 3 Uhr hat die Repro in  
einer öffentlichen Sitzung über die deutschen Kohlen-  
lieferungen verhandelt. Die Sitzung begann um 3 Uhr.  
Ihr wohnt unter Führung des Vorsitzenden der Kriegs-  
lastenkommission, Staatssekretär Fischer, die aus Deutsch-  
land gekommenen Sachverständigen bei, die über die Kohlen-  
lieferungen Auskunft erteilen sollen. Es waren deutsch-  
seits zugegen Ministerialrat Ruppel vom Wiederaufbau-  
ministerium, Legationsrat Frowein vom Auswärtigen  
Amt, Geheimrat Richter vom Reichsjustizministerium, sowie  
für den Reichskohlenkommissar die Herren Direktor Wal-  
michrat und Bronkowski, außerdem von der Kriegs-  
lastenkommission Regierungsrat Dr. Meyer. Von inter-  
nationaler Seite waren die ersten und zweiten Delegierten an-  
wesend.

Nach Eröffnung der Sitzung legte Herr Wallichrat in  
längeren Ausführungen mit Hilfe von Zahlenmaterial dar,  
welche Anforderungen die deutsche Regierung gemacht hat, um  
das volle Maß der geforderten Kohle- und Kohlenmengen zu  
liefern, und welche Ursachen dafür maßgebend waren, daß eine  
vollständige Erfüllung der angeforderten Lieferungen nicht  
möglich ist. Er hat besonders im einzelnen begründet,  
daß die Repro bei der Festlegung der Lieferungsprogramme  
die Leistungsfähigkeit der deutschen Kohlenzechen übersehen hat,  
daß die deutschen Delegierten hieraus von vornherein  
aufmerksam gemacht haben, daß aber trotzdem die deutsche  
Regierung alle möglichen Versuche machte, den geforderten  
Anforderungen zu genügen. Es könne keinem Zweifel unter-  
liegen, daß die geforderten Kohlenlieferungen die Grenzen  
dessen darstellen, was mit der deutschen Wirtschaft  
vereinbar ist. Der Sachverständige wies ferner darauf  
hin, wie gering der Prozentsatz der unausgeführten Lieferun-  
gen ist und daß ein großer Teil der festgesetzten auf  
unberechtigte Zurückweisung angeblicher  
Kohlenmengen von französischer Seite  
zurückgeführt werden muß. Der deutsche Sachverständige hat  
die offiziellen Äußerungen der französischen Delegation an-  
gegriffen.

Im Augenblick vergleichen deutsche und französische Sach-  
verständige die Ziffern untereinander und suchen die  
Differenz zu klären. Auf einzelne Fragen des Vorsitzenden  
der Repro sowie anderer Mitglieder wurden die gewünschten  
ergänzenden Mitteilungen gemacht. Dem Antrag von Staats-  
sekretär Fischer, die Sitzung bis zum Eintreffen von Dr.  
Büßlen vom Kohlenfondat zu vertagen, damit auch er in  
der Lage sei, seinen Standpunkt zu erläutern, wurde statt-  
gegeben. Morgen vormittags wird auch der gesamte Tat-  
bestand von deutscher Seite einer juristischen Würdigung  
unterzogen werden. (W. T. B.)

## Widerlegung einer französischen Sachlieferungs-Denkschrift.

Berlin, 8. Jan. Die französische Presse veröffentlichte  
eine Denkschrift der französischen Regierung über die deut-  
schen Sachlieferungen, die den Nachweis erbringen  
sollte, daß Deutschland bei der Lieferung von Kohle, Holz,  
Flaßmaterialien, Schotter und Steinhohl und in der Behandlung  
der sogenannten Le Trocquerischen Pläne gegenüber den ihm  
obliegenden Verpflichtungen sich in systematisch absichtliche Ver-  
stöße habe aufzuheben kommen lassen. — Den Behauptun-  
gen der Denkschrift ist bezüglich der Kohlenlieferungen  
bereits in einer ausführlichen Veröffentlichung entgegen-  
getreten worden. Auch die Holzlieferungen werden in  
ähnlicher Weise in einer offiziellen Erklärung des W. T. B.  
behandelt, an deren Schluß es heißt:

Es wird zugegeben, daß die deutsche Regierung die ihr  
seitens der Reparationskommission auferlegten Verpflichtungen  
auf den Gebieten der Holz-, Kohlen- und Flaßmaterialien-  
lieferungen nicht in vollem Umfange erfüllt hat, trotzdem die  
sämtlichen beteiligten deutschen Dienststellen von Anfang  
an den festen Willen gehabt und ihn auch in allen  
Stadien der Durchführung immer wieder an den Tag gelegt  
haben, die Lieferungen bis zur Grenze des Mög-  
lichen auszuführen, auch wenn dadurch der deutschen  
Wirtschaft unerträglich erscheinende Lasten aufgebürdet wur-  
den. Das teilweise Versagen dieser Bemühungen ist darauf  
zurückzuführen, daß diese Forderungen von vornherein die  
Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weit überstiegen,  
daß Streiks, Transportchwierigkeiten und andere nicht von  
der deutschen Regierung zu verzeichnende Umstände und nicht  
zum wenigsten vertragswidrige Handlungen französischer  
Dienststellen die Lieferungen gesemmt haben. Von einem  
Verschulden oder gar einer absichtlichen Verletzung der deut-  
schen Regierung kann hierin nicht im entferntesten die Rede  
sein. Bei den Holzlieferungen und dem Le Trocquerischen  
Projekt handelt es sich um Vorverhandlungen, bei denen die  
deutsche Regierung vollkommen korrekt verfahren ist.

Eine Verletzung gegen Bestimmungen des Friedens-  
vertrages kann um so weniger in Frage kommen,  
als eine Anforderung der Reparationskommission in dieser  
Richtung überhaupt nicht vorlag. Das Stinnes-Lubersack-Ab-  
kommen ist ein reiner Privatvertrag, dessen Ausführung  
allein den beiden Vertragsparteien überlassen und bestim-  
mungsgemäß der Einwirkung der deutschen Regierung ent-  
zogen ist. Im übrigen hat dieses Abkommen bisher nicht  
verlangt, sondern die praktischen Ergebnisse erzielt, die sich bis-  
her in dem kurzen Zeitraum seiner Geltung erwarten ließen.

Dollar (Amtlich): 9450  
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 9630

## Poincaré als Süßer von Versailles.

Poincaré ist Advokat, und mit Advokatenkünften kann man  
manchmal die Dinge sogar auf den Kopf stellen. Aber mit  
Advokatenkünften kann man keine Politik führen, wenigstens  
auf die Dauer nicht. Das internationale Rechtsbewußtsein  
versteht nur das Einsache, und auch die unnachahmliche  
Rhetorik, mit der der französische Ministerpräsident sich in  
Paris Bonar Law gegenüber als Anwalt der „ewigen Ver-  
träge“ aufspielte, die, wie das Versailler Dokument, die  
Weise eines internationalen Altes“ erhalten haben, muß  
ihre Wirkung verlieren, wenn in demselben Augenblick  
dem französischen Pfländerplan die ungeschminkteste Klaustrat  
und Vertragsverletzung verschleierte werden soll, die die Welt  
je gesehen hat. Niemand, außer einem eingefleischten Fran-  
zosen, kann einsehen, warum der heute in Scherben liegende  
Orientfrieden von Sevres kein „ewiges Recht“ darstellt,  
warum dort die Weise des internationalen Altes durch die  
französische Unterfütterung der türkischen Revisionstendenzen  
in der denkbar profansten Weise gestört werden durfte. Und  
als es galt, den österreichischen Frieden von St. Germain in  
der weltungarischen Frage gegen alles Recht zu verletzen, war  
Frankreich ebenso an erster Stelle, wie es die Abenteuer  
Karlis von Habsburg entgegen dem Trianon-Vertrage gar zu  
offensichtlich begünstigte. Es fällt uns schwer, die Grenze zu  
erkennen, wo bei einem Staatsmann wie Poincaré die Selbst-  
beschränkung an der Pfraße und die Aufzujugung aufhört  
und die bewußte Lüge anfängt. Aber die Zeiten sind vorbei,  
in denen man durch derartige Unnachahmlichkeiten und Ver-  
drehungen wirken konnte, und nachdem selbst in der Neuja-  
hres-Vollversammlung des Papstes das geheiligte Dokument von Ver-  
sailles ein verfallenes, auf dem Papier geschlossener Frieden  
genannt worden ist, der die Kagegeister verführt und die  
Wahrheit nach materielle Gütern geradezu legitimiert hat, ver-  
singt es nicht mehr, wenn man emphatisch erklärt, daß auch  
nicht eine Zeile an einem derartigen Instrument geändert  
werden dürfe. Wenn trotzdem die Advokaten-Taktik in den  
nächsten Tagen die giftigsten Blüten zeitigen wird, so gelingt  
es heute auch der kunstvollsten „Versöhnungs-“ und San-  
ktionspolitik nicht mehr, aus Unrecht Recht zu machen und die  
übelste Wegelagererei als Versailler Vertragsrecht hinzustellen.

Die Bajonette sind Poincarés Paragrafen, sein un-  
geheurer Rüstungsspanzer Frankreichs internationaler  
Rechtsschutz. Und doch scheut man sich, den Mantel der Ver-  
logenheit abzulegen und als brutaler Rechtsbrecher vor die  
Welt zu treten. Aber wo sind die Krüden, mit denen man  
den Versailler Wahnsinn bis zur endgültigen Vernichtung  
Deutschlands steigern kann? Die von der Reparations-  
kommission festgesetzte deutsche Verfestung in den Holz-  
lieferungen ist mit ihrem Wert von 200 Goldmillionen  
doch ein zu sadenscheiniger Vorwand, über den das englische  
Mitglied der Kommission Bradburn die bezeichnende Aeuße-  
rung getan hat: „Seit das hölzerne Pferd von Troja gebaut  
wurde, ist Holz niemals zu einem solch abscheulichen Zweck  
verwendet worden.“ Das ist deutlich gesprochen und wird  
auch am Qual d'Orfen, zu dessen Kenntnis die Aeußerung  
nach dem ausdrücklichen Bemerkten der „Chicago Tribune“  
gekommen ist, verstanden worden sein. Auch die  
Moratoriumsfrage, mit der sich die Reparations-  
kommission auf Grund des deutschen Antrages vom 14. No-  
vember demnächst befassen wird, ist nicht ganz sicher. Zwar  
wenn das Moratorium abgelehnt würde, wäre die Ver-  
festung offenbar, da Deutschland auf seinen Fall am  
15. Januar die 500 Goldmillionen des Londoner Zahlungs-  
plans hinterlegen kann. Aber die Ablehnung ist nicht so  
leicht, da selbst der französische Plan die Notwendigkeit eines  
zweijährigen Moratoriums — allerdings auf Grund der  
bekannten „Pfländer“ — anerkennt hat. Daß bei einer Be-  
willigung des Moratoriums in der Reparationskommission  
Italien und Belgien der Pfändergarantie zustimmen, ist  
wahrscheinlich, aber bei der englischen ablehnenden Stellung-  
nahme noch nicht ganz gewiß. Zum mindesten würden aber  
die bewilligten Pfänder kaum den Umfang rechtfertigen, in  
dem Frankreich anscheinend die Rubrikation vornehmen will.  
Die Hauptmasse für die formaljuristische Begründung soll  
darum die deutsche „Versöhnung“ in der Kohlenfrage  
bilden, mit deren Feststellung die Reparationskommission im  
Augenblick beschäftigt ist. An der Tatsache, daß der Beschluß  
aufstandekommt, ist nicht mehr zu zweifeln, ebensowenig daran,  
daß die Verantwortlichkeit anerkannt wird, die allein  
Sanktionsmaßnahmen rechtfertigt. Zudem würde sie den  
Besten — allerdings dem Verträge völlig zuwiderlaufenden —  
Vorwand gerade zu einer Rubrikation bieten.

Der heillosige Vertragsbruch des Süßers geheimer  
Verträge beginnt nun bei der Auslegung der Paragrafen,  
die die Maßnahmen auf Grund festgestellter vorläufiger Ver-  
festungen vorschreiben. „Wirtschaftliche und finanzielle, sowie  
im allgemeinen solche Maßnahmen“ können die betreffenden  
Regierungen (Gouvernements respectifs) ergreifen, „die sie  
durch die Umstände als notwendig erachten können“. Die eng-  
lische Diplomatie, die anerkanntesten internationalen Rechts-  
lehrer und auch J. M. Keynes, der bei den Versailler Ver-  
handlungen mitgewirkt hat und als kompetent gelten muß,  
haben hervor, daß mit den anderen Maßnahmen nur solche  
gemeint seien, die ihrer Natur nach wirtschaftlichen und finan-  
ziellen Maßnahmen gleichkommen, nicht aber weitere Gebiets-  
besetzungen. Dieser auch von Deutschland vertretene Stand-  
punkt wird durch den Art. 400 des Versailler Vertrages ge-  
stiftet, der die Frage einer etwaigen Gebietsbesetzung dahin  
regelt, daß im Falle einer Weigerung Deutschlands, die Repara-  
tionen zu erfüllen, das nach dem Vertrag der Okkupation  
unterworfenen Gebiet, soweit es etwa bereits geräumt sein  
sollte, wieder besetzt werden kann. Dieser Artikel wäre völlig  
gegenstandslos, wenn den Alliierten ganz allgemein das Recht